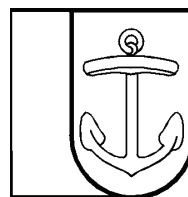


Amtsblatt

FÜR ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN



STADT
LUDWIGSHAFEN
AM RHEIN

Herausgabe, Verlag und Druck: Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein (Bereich Öffentlichkeitsarbeit),
Rathaus, Postfach 21 12 25, 67012 Ludwigshafen am Rhein
Verantwortlich: Sigrid Karck

Nr.: **51/2009** ausgegeben am: **7.8.2009**

Satzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein für die Bildung eines Migrations- und Integrationsbeirats vom 23.07.2009

Auf Grund der §§ 24 und 56 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz vom 31.01.1994, zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 07.04.2009 (GVBl. S. 162), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 01.07.2009 folgende Satzung:

1. Abschnitt – Grundlagen

§ 1

Einrichtung und Aufgaben

(1) Um die Teilnahme der Einwohner mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik zu fördern und ihre Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen, richtet die Stadt Ludwigshafen am Rhein einen Beirat für Migration und Integration (Beirat) ein.

(2) Aufgabe des Beirats ist die Förderung und Sicherung des gleichberechtigten Zusammenlebens der in der Stadt Ludwigshafen am Rhein wohnenden Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen sowie die Weiterentwicklung des kommunalen Integrationsprozesses.

(3) Im Beirat werden die Belange der Einwohner mit Migrationshintergrund sowie Fragen der kommunalen Integrationspolitik erörtert. Der Beirat kann hierzu auch Stellungnahmen abgeben. Gegenüber den Organen der Stadt Ludwigshafen am Rhein kann er sich äußern, soweit Selbstverwaltungsangelegenheiten der Stadt Ludwigshafen am Rhein betroffen sind. Auf Antrag des Beirats hat der Oberbürgermeister Angelegenheiten im Sinne des Satzes 3 dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung

vorzulegen.

(4) Der Vorsitzende des Beirats oder einer seiner Stellvertreter ist berechtigt, bei der Beratung der Angelegenheiten nach Absatz 3 an Sitzungen des Stadtrats oder seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Weiteres kann in der Geschäftsordnung des Stadtrats geregelt werden. Der Beirat soll zu Fragen Stellung nehmen, die ihm vom Stadtrat, einem Ausschuss oder dem Oberbürgermeister vorgelegt werden.

(5) Über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen von Planungen und Vorhaben der Stadt Ludwigshafen am Rhein, die den Aufgabenbereich des Beirats nach Absatz 3 Satz 3 in besonderer Weise betreffen, soll der Integrationsbeirat rechtzeitig informiert und gehört werden.

(7) Der Beirat erstellt jeweils zur Mitte und zum Ende seiner Wahlzeit einen Bericht über seine Tätigkeit, der dem Stadtrat vorgelegt wird.

(8) Die Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein berät und unterstützt den Beirat bei der Erfüllung seiner Aufgaben und führt seine Geschäfte.

§ 2

Zusammensetzung

Der Beirat besteht aus bis zu 33 Mitgliedern. 22 Mitglieder werden nach Maßgabe der Bestimmungen des Zweiten Abschnitts dieser Satzung, des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Bis zu 11 Mitglieder können durch den Stadtrat in entsprechender Anwendung von § 45 Gemeindeordnung in den Beirat berufen werden.

§ 3

Vorsitzender und Stellvertreter

Der Beirat wählt in seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.

2. Abschnitt - Wahlverfahren

§ 4

Grundsatz

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes (KWG – Erster und Fünfter Teil) und der Kommunalwahlordnung (KWO – Erster und Vierter Teil), soweit die nachstehenden Bestimmungen nichts anderes regeln.

§ 5

Wahltag

Den Wahltag bestimmt der Stadtrat nach Anhörung des Beirats. Der Wahltag muss ein Sonntag sein. Die Entscheidung ist bis zum 62. Tag vor der Wahl bekanntzumachen. Die erste Wahl nach dieser Satzung findet am 08.11.2009 statt.

§ 6

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

- (1) Wahlberechtigt sind
1. alle ausländischen Einwohner und
 2. alle Einwohner, die als Spätaussiedler oder deren Familienangehörige nach § 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes oder die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, soweit sie jeweils die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 KWG erfüllen.
- (2) Wählbar sind alle Wahlberechtigten im Sinne des Absatzes 1 sowie alle Bürger der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Im Übrigen gelten § 1 Abs. 2 und 3 und die §§ 2, 3 und 4 Abs. 1 und 2 Nr. 1 und 2 des KWG entsprechend.

§ 7

Wahlorgane

(1) Wahlleiter ist der Oberbürgermeister. Der Wahlleiter leitet die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in der Stadt Ludwigshafen am Rhein nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen. Er kann mit der Führung der

laufenden Wahlgeschäfte einen Bediensteten der Stadt Ludwigshafen am Rhein beauftragen.

(2) Der Wahlausschuss besteht aus dem Wahlleiter und sechs Wahlberechtigten als Beisitzer. Der Wahlleiter ist Vorsitzender des Wahlausschusses und beruft die Mitglieder des Wahlausschusses spätestens am 42. Tag vor der Wahl. Dabei berücksichtigt er die in der Stadt Ludwigshafen am Rhein vertretenen Nationalitäten angemessen. Der Wahlausschuss entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und stellt das Wahlergebnis fest. Er tagt öffentlich und ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Beisitzer beschlussfähig.

(3) Der Wahlleiter bestellt für jeden Stimmbezirk einen Wahlvorstand und beruft ihn rechtzeitig ein. Der Wahlvorstand tagt öffentlich. Er ist bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern im Wahlraum beschlussfähig.

§ 8

Wahlgebiet und Stimmbezirke

- (1) Wahlgebiet ist das Stadtgebiet.
- (2) Der Wahlleiter bildet im gebotenen Umfang Stimmbezirke.

§ 9

Wählerverzeichnis und Wahlbenachrichtigungen

(1) Der Wahlleiter veranlasst für das Wahlgebiet - ggf. für den jeweiligen Stimmbezirk - die Erstellung eines Verzeichnisses der Wahlberechtigten (Wählerverzeichnis). In das Wählerverzeichnis sind auf Antrag alle Einwohner aufzunehmen, die als Spätaussiedler oder deren Familienangehörige nach § 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes oder die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, soweit sie jeweils die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Kommunalwahlgesetzes erfüllen. § 11a KWO gilt entsprechend. Das Wählerverzeichnis ist nach Maßgabe des § 56 Abs. 2 Satz 2 GemO fortzuschreiben und am zweiten Tag vor der Wahl, 12 Uhr, abzuschließen.

(2) Wird die Wahl insgesamt im Wege der Briefwahl durchgeführt, erhalten die Wahlberechtigten spätestens am 35. Tag vor der Wahl den Wahlschein, einen Stimmzettel, eine Erläuterung zur Durchführung der Briefwahl und einen an den Wahlleiter adressierten Wahlbriefumschlag. Der Wahlschein ist vom Wahlberechtigten zu unterschreiben, mit der Erklärung, dass er selbst gewählt hat. Sofern

sich der Briefwähler einer Hilfsperson bedient hat, hat sie an Eides statt zu versichern, dass sie den Stimmzettel nach Maßgabe des Willens des Briefwählers ausgefüllt hat.

(3) Wird die Wahl im Wege der Urnenwahl durchgeführt, sind die Wahlberechtigten spätestens am 35. Tag vor der Wahl zu benachrichtigen. Wahlscheine und Briefwahlunterlagen (Absatz 4) sind auf Antrag frühestens ab dem 35. Tag vor der Wahl bis zwei Tage vor der Wahl bis 12 Uhr zu erteilen.

§ 10 Wahlvorschläge

(1) Der Wahlleiter fordert spätestens am 62. Tag vor der Wahl zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch öffentliche Bekanntmachung auf. Dabei hat er darauf hinzuweisen, dass die Wahlvorschläge spätestens am 41. Tag vor der Wahl, 18 Uhr, bei ihm oder der Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein einzureichen sind.

(2) Jeder Wahlberechtigte kann einen Wahlvorschlag mit einem oder mehreren Bewerbern bis zur höchstzulässigen Zahl einreichen; er kann sich auch selbst vorschlagen. Es sind nur Wahlvorschläge mit schriftlicher Zustimmung der Vorgeschlagenen gültig. Der Wahlvorschlag ist vom Vorschlagenden zu unterzeichnen. Im Wahlvorschlag sind der Vorschlagende (Name, Vorname, Anschrift, Status gemäß § 56 Abs. 2 Satz 2 GemO) und die Vorgeschlagenen (Name, Vorname, Anschrift, Status gemäß § 56 Abs. 2 Satz 3 GemO) eindeutig zu bezeichnen und etwaige weitere Merkmale (Beruf oder Stand oder Alter) zu benennen, sofern diese zur Identifizierung des Vorgeschlagenen erforderlich sind.

(3) Absatz 2 gilt auch im Falle der Einreichung von Wahlvorschlägen, die durch Vereine, Verbände oder sonstige Organisationen sowie politische Parteien und Wählergruppen (Wahlvorschlagsträger) eingereicht werden.

(4) Die eingereichten Wahlvorschläge sind mit 40 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten zu versehen. Die zur Wahl vorgeschlagenen Personen dürfen diese Unterschriften nicht leisten.

§ 11 Durchführung der Wahl

(1) Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 41. Tag vor der Wahl, ob die Wahl insgesamt im Wege der Briefwahl oder als Urnenwahl durchgeführt wird. Des weiteren

bestimmt er die Dauer der Wahlhandlung am Wahltag. Die Entscheidungen sind spätestens am 35. Tag vor der Wahl bekanntzumachen.

(2) Findet die Wahl nicht statt, weil keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen werden oder die Zahl der zugelassenen Kandidaten nicht die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Beirats übersteigt, ist dies spätestens am 35. Tag vor dem ursprünglich vorgesehenen Tag der Wahl bekanntzumachen.

§ 12 Teilnahme an der Wahl

An der Wahl kann teilnehmen, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen auf ihn ausgestellten Wahlschein vorlegt. Der Wähler hat seine Identität nachzuweisen.

3. Abschnitt - Schlussbestimmungen

§ 13 Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt am 01.09.2009 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung treten die Satzungen für die Bildung eines Ausländerbeirats und für die Wahl des Ausländerbeirats vom 16.06.1994 und die Satzung für die Bildung eines Integrations- und Migrationsbeirats vom 20.09.2002 außer Kraft.

(3) Mit der Konstituierung des Beirats endet die Wahlzeit des Integrations- und Migrationsausschusses und die Wahlzeit des Integrations- und Migrationsbeirats.

Ludwigshafen am Rhein, den 23.07.2009
Stadtverwaltung

gez.
Dr. Eva Lohse
Oberbürgermeisterin

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 22.07.1974

zuletzt geändert durch Satzung vom
13.05.2009

Auf Grund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 419), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 07.04.2009 (GVBl. S. 162), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 01.07.2009 folgende Satzung:

§ 1

In Anlage 1 zu § 7 Abs. 1 wird die Nr. 16 „Integrations- und Migrationsausschuss“ ersatzlos gestrichen.

§ 2

In Anlage 2 zu § 7 Abs. 1 wird in der Spalte „Gremium“ bei Nr. 8 das Wort „Ausländerbeirat“ durch die Worte „Migrations- und Integrationsbeirat“ ersetzt. In der Spalte „Ratsmitglieder – gewählt“ werden die Ziffer „1“ und die Worte „je Fraktion“ durch die Worte „bis zu“ und die Ziffer „11“ ersetzt. In der Spalte „bürgerschaftliche Mitglieder – stimmberechtigt“ wird folgende Fußnote eingefügt: „Anstelle von Ratsmitgliedern können auch Mitglieder gewählt werden, die zum Migrations- und Integrationsbeirat wahlberechtigt und/oder wählbar sind.“

§ 3

Diese Satzung tritt am 01.09.2009 in Kraft. § 13 Abs. 3 der Satzung des Beirats für Migration und Integration bleibt unberührt.

Ludwigshafen am Rhein, den 23.07.2009
Stadtverwaltung

gez.
Dr. Eva Lohse
Oberbürgermeisterin

Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse, die Oberbürgermeisterin und die Werkleitung des Eigenbetriebs der Stadt Ludwigshafen am Rhein gemäß Beschluss des Stadtrates vom 13.12.1999

zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates vom 27.04.2009

§ 1

(1) § 18 (Integrations- und Migrationsausschuss) wird ersatzlos gestrichen.

(2) Anstelle von § 18 wird folgender Vermerk in die Zuständigkeitsordnung aufgenommen: „§ 18 (weggefallen)“.

§ 2

Diese Änderung tritt am Tag der Konstituierung des Migrations- und Integrationsbeirats in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den 23.07.2009
Stadtverwaltung

gez.
Dr. Eva Lohse
Oberbürgermeisterin

Bekanntgabe der Stadt Ludwigshafen am Rhein - gemäß § 3 a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) -

Die Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt, dass bei der folgenden, im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens beantragten Anlage, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wird.

Antrag der Fa. BASF SE vom 06.07.2009 zur wesentlichen Änderung der Indol-Fabrik
Vorhaben: Herstellung von Urethanen und Carbodiimiden

Standort der Anlage ist das Werksgelände der Antragstellerin, Ludwigshafen am Rhein, Carl-Bosch-Straße 38, Bau D 311, Gemarkung Ludwigshafen, Flurstück 2608/38.

Die gemäß § 1 Abs. 2 der 9. BimSchV im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgten Vorprüfungen gemäß § 3 e Abs. 1 Nr. 2 UVPG haben ergeben, dass die Änderungen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben können.

Ludwigshafen am Rhein,
Stadt Ludwigshafen am Rhein

gez.
Merkel
Beigeordneter

Bekanntmachung

Der Kreiswahlausschuss des Wahlkreises 208 Ludwigshafen / Frankenthal hat in öffentlicher Sitzung am 31.07.2009 die nachstehenden Kreiswahlvorschläge für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.09.2009 einstimmig zugelassen:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands – CDU –
Bewerberin: Prof. Dr. Böhmer, Maria, geb. 1950 in Mainz
Staatsministerin, MdB
Carl-Theodor-Straße 8, 67227 Frankenthal (Pfalz)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD –
Bewerberin: Barnett, Doris, geb. 1953 in Ludwigshafen am Rhein
Juristin, MdB
Am Weidenschlag 26, 67071 Ludwigshafen am Rhein
3. Freie Demokratische Partei – FDP –
Bewerber: Marohn, Ralf, geb. 1967 in Bad Kreuznach
Unternehmer
Am Schlittweg 10, 67141 Neuhofen
4. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – GRÜNE –
Bewerber: Dr. Braun, Bernhard, geb. 1958 in Ludwigshafen
Angestellter
Carolistraße 33, 67067 Ludwigshafen am Rhein
5. DIE LINKE – DIE LINKE
Bewerberin: Senger-Schäfer, Kathrin, geb. 1962 in Bonn,
Politologin, Germanistin
Brahmsstraße 12, 67061 Ludwigshafen am Rhein
6. Nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD –
Bewerber: Rodriguez-Teufer, René, geb. 1974 in Viernheim
selbstständig
Mannheimer Straße 22, 67166 Otterstadt
7. DIE REPUBLIKANER – REP –
Bewerber: Steigert, Marco, geb. 1974 in Ludwigshafen am Rhein
Unternehmensberater
Hauptstraße 217, 67067 Ludwigshafen am Rhein
10. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – MLPD –
Bewerberin: Stockert, Madeleine, geb. 1947 in Solothurn (Schweiz)
Sachbearbeiterin
Gneisenaustraße 8, 67061 Ludwigshafen am Rhein
13. Piratenpartei Deutschland – PIRATEN -
Bewerber: Scherer, Philipp, geb. 1984 in Worms
Student
Stettiner Straße 14, 67240 Bobenheim-Roxheim

Frankenthal (Pfalz), 31.07.2009

Der Kreiswahlleiter
des Wahlkreises 208 Ludwigshafen / Frankenthal

gez.
Wieder
Oberbürgermeister